

Wenn die Natur unter die Räder kommt

Selbst Naturschutzgebiete sind nicht mehr tabu für Windkraftinvestoren. Seltene Tiere können zwar Autobahnen stoppen – aber für die Energiewende werden sie bedenkenlos geopfert. DOCH DER WIDERSTAND WÄCHST. Off stehen Grüne gegen Grüne

Die Täter fuhrten mit schwerer Technik vor: Im Sommer 2013 verschwand der Horst des seltenen Schwarzstorchs im Roßbacher Forst bei Bad Kissingen über Nacht vom Baum. Im matschigen Waldboden fanden Unterstützer des Bayrischen Landesverbandes Vogelschutz noch Reifenspuren eines großen Fahrzeugs. Schwarzstorchhorste, weiß Marc Sitkewitz, Geschäftsstellenleiter des Vogelschutzbundes in Unterfranken, verschwinden nicht einfach so. Der Roßbacher Forst galt bis vor Kurzem als Planungsgebiet für einen Windpark mit 18 Großpropellern – bis der Protest von Naturschützern das Projekt vorerst stoppte. Geschützte Vögel wie Schwarzstorch, Rotmilan und Wespenbussard stören an vielen Orten Deutschlands Planer und Investoren von Windparks. Naturschützer registrieren mit Grausen, dass dort, wo Windkraftunternehmer zum Zuge kommen wollen, immer öfter seltene Tiere systematisch verjagt oder sogar durch Giftattacken zur Strecke

gebracht werden. „Wir können meist den direkten Zusammenhang nicht beweisen, weil die Ermittlungen in 90 Prozent aller Fälle im Sande verlaufen“, sagt Sitkewitz. „Aber jeder kann eins und eins zusammenzählen.“

Ein derart rüdes Vorgehen schockiert die meisten Naturfreunde

Die regelrechten Präventivschläge gegen Vögel finden mittlerweile in einem Ausmaß statt, das auch die Behörden alarmiert. Im unterfränkischen Rhön-Grabfeld-Kreis legen Unbekannte schon seit Längerem mit Nervengift präparierte Köder aus. Allein zwischen März und April 2013 verendeten dort fünf Rotmilane und ein Schwarzmilan an dem toxischen Futter. Fast im Wochenrhythmus trifft es weitere Greifvögel. „In einigen der betroffenen Gebiete sind Vorplanungen für Windparks im Gange. Da kann man einen Zusammenhang nicht ausschließen“, sagt Dieter Weisenburger, zuständig für Naturschutz im Land-

ratsamt Rhön-Grabfeld. In Rheinland-Pfalz erstattete der Bund Naturschutz und Umwelt (BUND) Strafanzeige, weil unbekannte Täter im Rhein-Hunsrück-Kreis über Nacht zwei Rotmilanhorste zerstörten – in einem Planungsgebiet für Windkraftanlagen. An den Baumstämmen fanden BUND-Aktivisten deutliche Spuren von Steigeisen. „In beiden Fällen hätte eine diesjährige Brut des Rotmilans geplante Windkraftanlagen verhindert“, heißt es in der Anzeige.

Ein derart rüdes Vorgehen gegen die Natur schockiert viele Umweltfreunde vor allem deshalb, weil es überhaupt nicht zu Deutschland passen will. Schließlich gelten hier Umweltgesetze, die weltweit zu den schärfsten zählen. In kaum einem anderen Land genießen Naturschutzverbände so viel Prestige. Die Energiewende führt allerdings zu einer tiefen Schizophrenie: Beim Bau von Wind- und Solarparks gelten Kahlschlag und Tiervergraulung neuerdings als verschmerzbarer Kollateralschaden.



158 000 Vögel sterben jährlich durch Windräder

Als besonders gefährdet gilt der Rote Milan.
Noch gibt es in Deutschland etwa 12 000 Brutpaare.



305 000 Fledermäuse werden pro Jahr getötet

Den Säugetieren platzen in der Nähe der Rotoren
durch den Luftdruck oft die Lungen.



10 000 m² Wald fallen für ein Windrad

Für Großanlagen bis 196 Meter Höhe werden straßen-
breite Transportschneisen in den Forst geschlagen.

Geht es um Brücken und Autobahnen, können Lurch und Fledermaus immer noch die Planung durcheinanderwirbeln. Beim Bau der A 44 in Hessen etwa spendiert der Bund auf einem sechs Kilometer langen Abschnitt 48 Millionen Euro, um Kammolche durch Tunnel und eine rücksichtsvolle Trassenführung zu schützen. Und in Sachsen-Anhalt stoppte der Naturschutzbund (Nabu) den Weiterbau der A143 bei Halle an der Saale – möglicherweise sogar für immer. Der Naturschutzbund zog dafür bis vor das Bundesverwaltungsgericht. Die Richter folgten der Nabu-Argumentation, dass die Autopiste ein Flora-Fauna-Habitat-Gebiet (FFH) irreparabel beschädigen würde. Der Kammolch, die Furchenbiene und der seltene Schmetterling Berghexe bleiben ungestört; die restlichen 12,6 Kilometer der A143 ungebaut. Eigentlich sollte die Gesamtstrecke 2009 eingeweiht werden. „Es geht uns nicht um den Schutz einer einzelnen Tierart, sondern um den Zusammenhang eines einmaligen

Biotops“, argumentiert Annette Leipelt vom Nabu Sachsen-Anhalt.

Das, was gut 500 Kilometer weiter westlich im Mittelrheintal passiert, macht die Naturschützerin deshalb fassungslos. Denn dort sollen gleich in zwei FFH-Gebieten Windparks entstehen, auf dem Asberg und am Malberg, im Forst oberhalb des Stroms, mitten im romantischen Herzen Deutschlands.

Roland Kohler steht auf der Aussichtsterrasse am Rolandsbogen, dem Rest der mittelalterlichen Burg Rolandseck, 105 Meter über dem Rhein. Eine Spätsommersonne lässt den Fluss schimmern. Ganz links im Panorama leuchtet die schwarz-rot-goldene Flagge des „Grandhotels Petersberg“ auf der anderen Rheinseite, rechts davon geht der Blick auf die Burg Drachenfels. „Und dort“, Kohler zeigt auf eine Erhebung des Siebengebirges gleich daneben, „dort sollen sie hin.“ 18 Windräder, jedes 196 Meter hoch, höher als der Kölner Dom. Schon Ende 2014 soll der Rotorenpark stehen. Sechs- bis zehntausend Quadratmeter

Wald müssten dafür abgeholzt werden – nicht insgesamt, sondern pro Rad. Die Energiewende, so sieht es aus, kommt hier mit der Kettensäge. Am Asberg lebt die Gelbbauchunke, die als stark gefährdete Art gilt. Hier brüten Rotmilan und Schwarzstorch, die seltene Wildkatze siedelte sich hier vor ein paar Jahren wieder an. Über 1900 Anwohner unterstützen die Initiative gegen das Windkraftwerk. „Es ist ein solcher Wahnsinn“, sagt Kohler. „Hier wurde die deutsche Rheinromantik erfunden.“ Die Windparkpläne am Rhein, findet er, „sind das größte Landschaftszerstörungsprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg“.

Kohler, 74, gehört zu den Hauptlingen der Widerständler, die sich in vielen Dörfern des mittleren Rheintals sammeln. Als Berater für nachhaltige Waldwirtschaft reiste er früher bis nach Mittelamerika und Malaysia. Heute arbeitet er in zwei Bürgerinitiativen gegen Windparks am Rhein mit. „Was meinen Sie, in welcher Partei ich bin?“, fragt Kohler. Schwer zu sagen. ►



Noch gerettet Unfallchirurg Rüdiger Döhler untersucht einen fünf Jahre alten Seeadler, der vier Wochen vorher seinen Flügel am Rotor eines Windrades gebrochen hatte

Er trägt einen akkuraten silbergrauen Schnauzer, ein senfgelbes Jackett, das könnte zu jeder politischen Richtung passen. „Ich bin Grüner“, erklärt er. „Seit 14 Jahren.“ An seinem Opel pappt ein Protestaufkleber gegen den Windpark Asberg. Hat er Verbündete bei den Grünen? „Ja, sicher.“

Die mächtigste Grüne in Rheinland-Pfalz sieht die Welt allerdings fundamental anders als Kohler und seine Mitprotestler: Eveline Lemke, Vize-Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin. Ihr Ressort zeichnet auch noch für „Klimaschutz, Energie und Raumplanung“ verantwortlich. Nach ihrem Amtsantritt verkündete Lemke ihr „Generationenprojekt“. Bis zum Jahr 2030 soll sich Rheinland-Pfalz nach ihren Vorstellungen komplett mit erneuerbarer Energie versorgen. Schon jetzt drehen sich in Rheinland-Pfalz gut 1300 Riesenpropeller. Eigentlich genug für ein kleines Land mit viel Natur und gerade vier Millionen Einwohnern, finden viele Anwohner des Rheintals. Längst nicht genug, findet Lemke. Um ihren grünen Autarkieplan zu verwirklichen, will sie die installierte Leistung bis 2030 verfünffachen. Nur vier Gebiete nimmt ihr Ministerium deshalb von der Windparkplanung aus, darunter das Unesco-Weltkulturerbe Oberes Rheintal. Im Pfälzer Wald

allerdings oder neben dem Drachenfels sollen die Symbole der deutschen Energieevolution rotieren. „Der Umbauprozess ist groß und verlangt allen Beteiligten viel ab“, doziert Lemke. Natürlich werde sie auf den Naturschutz achten – irgendwie. Gleichzeitig macht sie aber deutlich, dass sie selbst in eigentlich geschützten Gebieten nach „einzelnefallbezogener Überprüfung“ Windräder für möglich hält. So lückenlos, wie viele Naturfreunde meinen, schützt das deutsche Umweltrecht FFH-Zonen und Naturparks nämlich nicht. Windräder dürfen, wenn der politische Wille da ist, auch in FFH-Gebieten nah an die Horstbäume seltener Vögel heranrücken. Für gefällte Bäume versprechen Unternehmen Ausgleichspflanzungen. Und wenn die Milan- und Schwarzstorchnester über Nacht durch die Hand von Unbekannten verschwinden, lassen sich die Rotoren ohnehin leichter durchdrücken.

Manche Touristen, meint die Ministerin, kämen extra in den Wald, um Windräder zu bestaunen



Windkraft, nein danke! Bürgerprotest auf der Fuchskaute im Westerwald, Rheinland-Pfalz

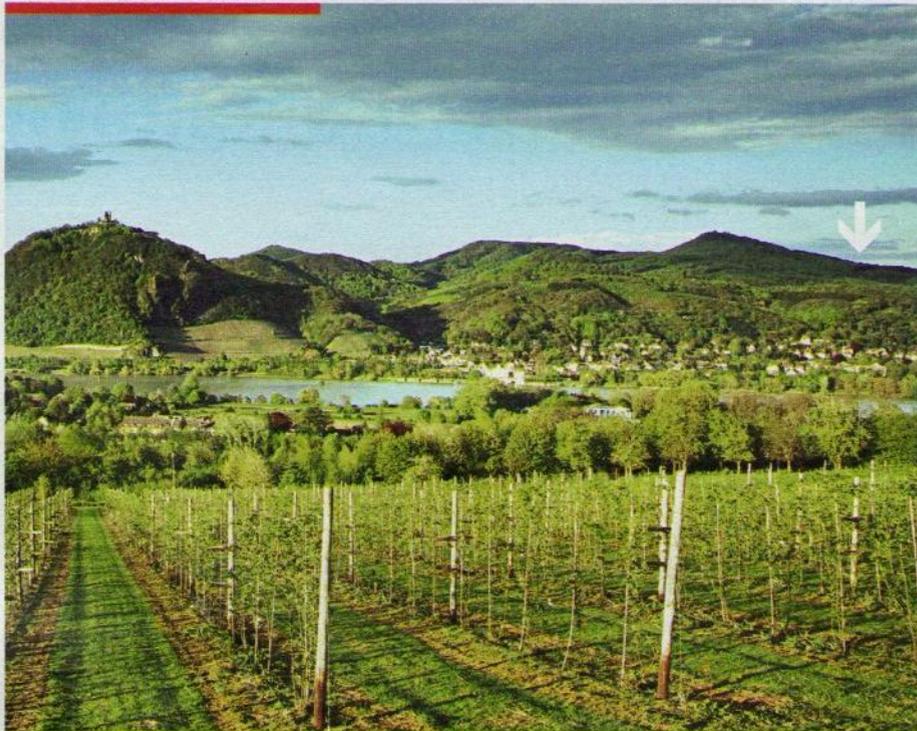


Greifvögel werden Opfer Der seltene Schwarzmilan auf Höhe einer Windkraftturbine

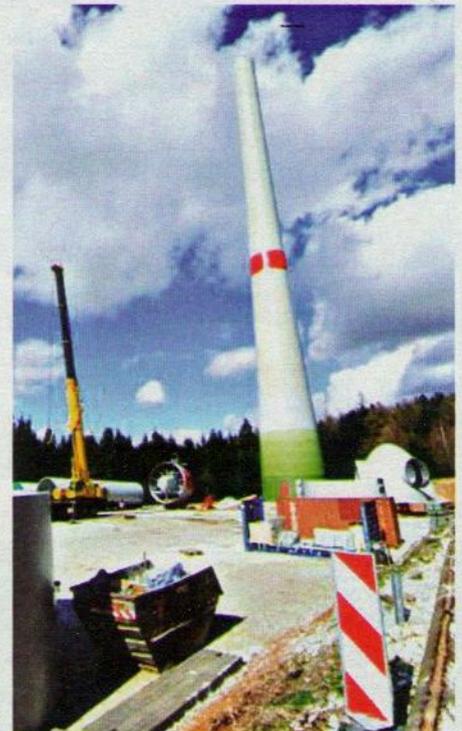
Manche Touristen, meinte die Grünen-Politikerin auf einer Einwohnerversammlung, würden extra kommen, um die riesigen Stahltürme im Wald zu bestaunen.

Sensible Wälder oder Heidelandschaften sollen sich nach dem Willen der Energie-wendende-Planer quer durch die Republik in neuzeitliche Industrielandschaften verwandeln. Nicht nur im mittleren Rheintal und im Hunsrück. Sondern auch im Hochschwarzwald, denn die grün-rote Regierung von Baden-Württemberg wünscht bis 2020 1000 neue Rotoren im Ländle. Im Zossener Forst südlich von Berlin sollen sich bald bis zu 30 Mühlen drehen. Und auf der Schwäbischen Alb in Unterfranken will eine lokale Genossenschaft 18 Drehflügler aufstellen. Für zwölf Anlagen besitzt sie schon die Genehmigungen, obwohl in dem Gebiet die Wiesenweihesiedelt, ein stark gefährdeter Bodenbrüter, von dem es in ganz Deutschland schätzungsweise nur noch 420 Paare gibt. Nur eine Hand voll Forscher beschäftigen sich in Deutschland mit den Verwüstungen, die Windräder in der Natur anrichten. Zu ihnen gehört Hermann Hötter vom Michael-Otto-Institut. Nach mehreren Studien geht er von 6,9 geschredeten Vögeln und 13,3 getöteten Fledermäusen pro Windrad und Jahr aus. Das klingt etwas bürokratisch und zugleich überschaubar. Bei über 23 000 Mühlen ▶

Fotos: Bernd Wüstneck/dpa, Paul Langrock/Zenit/isaif, Markus Veresvuo/WILD/LIFE/dpa



Rheinromantik, noch unzerstört Auf dem Asberg (Pfeil) soll ein Großwindpark mit 196 Meter hohen Rädern entstehen – neben der weltberühmten Burg Drachenfels (links)



Tiefe Schneise Im Soonwald, Rheinland-Pfalz, fallen Bäume für einen Windpark

in Deutschland bedeutet das allerdings einen jährlichen Verlust von etwa 158 000 Vögeln und 305 000 Fledermäusen. Nach einer neuen Studie, in Auftrag gegeben vom brandenburgischen Landesamt für Umwelt und veröffentlicht im Juni 2013, erschlagen Rotorflügel allein in Brandenburg gut 300 Rotmilane im Jahr. „Windkraftanlagen gehören nicht an Gewässer und in Wälder“, sagt Umweltforscher Hermann Hötker. Doch genau dort entstehen immer mehr Windparks. Weil die besten Lagen auf norddeutschen Äckern oft schon besetzt sind. Und weil ein einzelnes subventioniertes Großwindrad einem Waldbesitzer bis zu 40 000 Euro Pacht pro Jahr bringt.

Überall sehen sich grüne Spitzenpolitiker, die diese Projekte verteidigen, zornigen Wutbürgern aus ihrem eigenen Milieu gegenüber. Der Zwist spaltet nicht nur die Grünen bis zu den Wurzeln, sondern auch die großen Naturschutzorganisationen wie den BUND.

„Ich bin eigentlich ein auf Harmonie angelegter Mensch“, sagt Harry Neumann, 60, seit April 2013 BUND-Chef von Rheinland-Pfalz. „Aber es gibt Momente im Leben, da muss man sagen: Hier ist eine absolute Grenze überschritten.“ Die Windparkpläne in FFH-Zonen, so Neu-

mann, „sind Beispiele, wie Klimaschutz und Artenschutz unnötigerweise gegeneinander ausgespielt werden. Für Windparks brauchen wir eine Planung, die sich auf ertragreiche und naturverträgliche Gebiete konzentriert. Dann hätten wir auch keinen Konflikt.“

Ein Großwindrad im Wald bringt bis zu 40 000 Euro Pacht – pro Jahr

Er will nicht nur die Rotorenfelder im Rheintal vor Gericht verhindern, sondern auch den Windpark auf dem Stegskopf im Westerwald, einem Truppenübungsplatz, der 2014 von der Bundeswehr geräumt werden soll. „Das ist ein ökologisches Juwel“, weiß Neumann. Trotz der Schießerei hat sich die Natur dort prächtig entwickeln können. Selbst die außerordentlich seltene Bekassine nistet dort, ihre Brutstätten gehören zu den letzten in Rheinland-Pfalz. Das Großunternehmen Juwi und andere Investoren wollen 20 Windräder auf den Stegskopf setzen. „In diesem Fall ziehen wir notfalls bis vor den Europäischen Gerichtshof“, kündigt Neumann an. Hartnäckigkeit besitzt der parteilose Ex-Schuldirektor genug. In seiner Freizeit steigt er gern auf Siebentausender.

„Ja, Harry Neumann ist Klasse“, lobt der Dirigent Enoch zu Guttenberg, 67. Der prominente Naturschützer gehörte 1975 zur Gründungsmannschaft des BUND, zusammen mit dem populären Tierkundler Bernhard Grzimek und dem Umweltaktivisten Hubert Weinzierl. Im vergangenen Jahr warf der Freiherr tief enttäuscht sein Mitgliedsbuch hin. Er verzeiht der Großorganisation nicht, dass viele ihrer Repräsentanten Energievende und Naturschutz gegeneinander ausspielen nach der Formel: ein bisschen Schutz, aber auch viele Windräder.

„Drei Viertel im BUND gehören mittlerweile zu den Naturzerstörern, nur ein Viertel steht auf meiner Seite“, schätzt zu Guttenberg. „Für mich besteht die Mehrheit dort aus Verrätern an unserer Sache. Ein Bernhard Grzimek würde sich im Grabe herumdrehen.“ Er sei auch heute noch ein erbitterter Atomkraftgegner, sagt zu Guttenberg. Anfangs habe er in der Windenergie eine gute Alternative gesehen. „Aber wir müssen zugeben, dass wir nicht wussten, welche Geister wir da gerufen haben.“ Windräder halte er nur noch dort für vertretbar, wo sie keine Natur zerstörten – „aber das ist derzeit leider fast überall der Fall“.

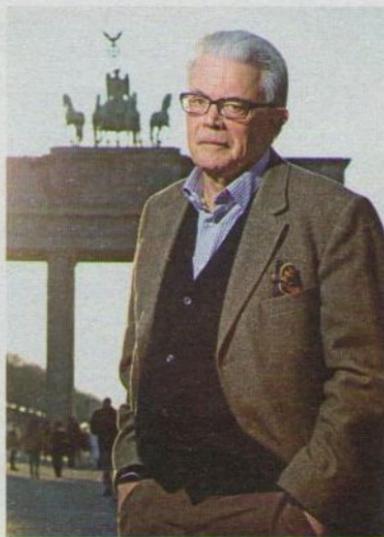
Der jetzigen BUND-Führung wirft zu Guttenberg sogar Korruptierbarkeit

VOTING
Seite scannen mit
FOCUS ACTIVE APP

Windenergie oder Naturschutz – Stimmen Sie ab

vor: Die Umweltorganisation habe 2011 eine Klage gegen den Windpark Nordgründe an der Nordsee fallen lassen – gegen eine Zahlung von 800 000 Euro an eine BUND-nahe Stiftung. „Ich sage, der BUND ist käuflich. Ich warte darauf, dass der BUND mich verklagt“, meint der Dirigent kampfslustig. „Diesen Prozess würde ich gern führen.“

Den Vorwurf, seine Organisation sei käuflich, nennt BUND-Chef Hubert Weiger „absurd“. Der Windpark in Nordgründe sei gar nicht gebaut worden, folglich sei auch „nicht ein Euro“ für Ausgleichsmaßnahmen an die Stiftung geflossen. Aber heftige Debatten in den eigenen Reihen räumt er ein: „Wir sind ein basisdemokratischer Verband, da entscheiden die Mitglieder von Region zu Region unterschiedlich. Allerdings gibt es Grundsatzpositionen.“ Immerhin lehne der BUND etwa in Bayern 20



**»Da ist nur eine
schädliche
Großtechnologie
durch die nächste
ersetzt worden«**

Enoch zu Guttenberg, Dirigent,
über den exzessiven Ausbau der Windenergie

bis 30 Prozent der Windkraftplanungen wegen Naturschutzbedenken ab. „Es ist nicht so“, sagt Weiger, „dass wir bei jeder Windkraftanlage hurra schreien.“

Zu Guttenberg will sich auf diese Kompromisse gar nicht erst einlassen: „Da ist nur eine schädliche Großtechnologie durch die nächste ersetzt worden. Eine Alternative wäre ein tiefgreifender Wandel unseres Lebensstils.“ Er reist von einem Vortrag zum anderen, wenn ihm seine Arbeit als Dirigent eine Lücke lässt. „Wenn jemand in der Alten Pinakothek Salzsäure in ein Landschaftsgemälde wirft, dann kommt er ins Gefängnis oder ins Irrenhaus, argumentiert zu Guttenberg. „Aber die Zerstörung der Landschaft, an der unsere ganze Identität hängt, die soll erlaubt sein? Das will nicht in meinen Kopf.“ ■

ALEXANDER WENDT